

Ausserordentliche Bundesratssitzung vom 7. Mai 1971 - 15 Uhr

Vorsitz: Bundespräsident Gnägi

Währungskrise / Reaktion der Schweiz

Mit Rücksicht auf das wichtige finanz- und wirtschaftspolitische Problem, zudem der Bundesrat Stellung zu nehmen hat, sind zur Sitzung als Berater eingeladen worden:

- die Herren Generaldirektoren Stopper (Präsident), Hay und Leutwyler von der Schweiz. Nationalbank
- Herr Botschafter Jolles, Direktor der Handelsabteilung
- Herr Prof. Allemann, Delegierter für Konjunkturfragen und Arbeitsbeschaffung

Nach kurzer Begrüssung durch den Vorsitzenden orientiert zunächst der Präsident der Generaldirektion der Nationalbank, Herr Dr. Stopper, den Rat über die Entwicklung der Lage. Er geht davon aus, dass die neu ausgebrochene Währungskrise als zweite Etappe jener Dollarkrise betrachtet werden muss, die bereits im März 1968 von sich Reden machte, als auch in der Schweiz ein erstes Mal eingehend die Frage einer allfälligen Aufwertung des Frankens besprochen wurde. Seither ist das Zahlungsbilanzdefizit der USA noch stärker angestiegen als vorher. Ferner - und darin liegt einer der entscheidenden Faktoren - ist es in jüngster Zeit zu einem Abbau der in Eurodollars angelegten Gelder gekommen, da die Zinsen im Vergleich etwa zu Deutschland nicht mehr interessant waren. Die Hauptgründe der Krise liegen also primär in der übermässigen amerikanischen Geldschöpfung und in der Rückzahlung der Euro-Anleihen. Als Zündfunken zur Auslösung der akuten Krise sind die Erklärungen von Minister Schiller (BRD) an der Hamburger-Konferenz der Sechs zu betrachten, wo er eine neue Veränderung der Wertrelation Dollar/D-Mark durchblicken liess. Allerdings muss man gerechterweise anerkennen, dass die nun hereingebrochene Krise früher oder später, auch ohne die Erklärungen von Schiller, bestimmt doch gekommen wäre. Und man muss sogar gleich beifügen, dass weitere Krisen dieser Art zu erwarten sind, wenn die USA ihre Zahlungsbilanz nicht in Ordnung bringen. Bonn scheint heute entschlossen, neuerdings flottierende Kurse einzuführen, und am Ende dieses nicht ganz risikofreien Experiments wird wahrscheinlich neuerdings eine Aufwertung der D-Mark stehen. Denn es wird nicht möglich sein, während längerer Zeit flottierende Kurse zu dulden. Es ist dies namentlich für den Export nicht förderlich, und es wider-



- 2 -

spricht auch dem Geiste der Integration. Auf welchem Kurs die D-Mark am Ende wieder fixiert wird, ist heute schwer zu sagen. Verschiedene Gründe, namentlich solche wirtschaftlicher Art, sprechen dafür, dass es sich - vorausgesetzt immer, dass es tatsächlich zu einer Aufwertung kommt - nicht um einen sehr hohen Aufwertungssatz handeln wird. Was die Schweiz anbetrifft, muss bestimmt damit gerechnet werden, dass ein starkes Dollar-Angebot andauert, auch wenn die Deutsche Bundesrepublik zu flottierenden Kursen übergeht. Unter diesen Umständen muss die Schweiz handeln, bevor am Montag die Schalter wieder geöffnet werden. Die Gefahren, die dem Schweizerfranken drohen, sind aber auch konjunkturpolitischer Natur. Für den Monat März allein sind Baukredite im Betrage von 706 Mio Franken zugesagt worden, während der Monatsdurchschnitt im letzten Rekordjahr bei 500 Mio lag. Die Anleihe-Emissionen werden neuerdings alle fünffach überzeichnet. Die Sozialpartnerggespräche gehen schleppend vor sich. Unser Inflationsabwehr ist, mit andern Worten, weitgehend zusammengebrochen. Das einzige Manöverierfeld, auf dem eine gewisse Bewegungsfreiheit für bestimmte wirksame Massnahmen besteht, ist die Aufwertung. Trotzdem die wirtschaftliche Situation nicht mehr ganz so günstig ist wie vor anderthalb Jahren, muss deshalb diese Massnahme neuerdings ernsthaft in Betracht gezogen werden. Bezüglich des Satzes steht dabei vorderhand lediglich fest, dass er relativ hoch sein muss, um wirklich als Abkühlung der konjunkturellen Ueberhitzung zu wirken und den Zufluss weiterer Dollars zu stoppen.

In der allgemeinen Aussprache gibt zunächst Herr Graber seinem Erstaunen darüber Ausdruck, dass nun plötzlich so einschneidende Massnahmen in Vorschlag gebracht werden. Und Herr Tschudi möchte wissen, wie die Reaktion in den andern Ländern ist, die etwa in der gleichen Situation wie die Schweiz sind. Herr Bundespräsident Gnägi schliesslich wirft die Frage auf, was mit den "gesperrten" Dollars geschehen soll.

Herr Stopper hält in seiner Antwort fest, dass die Nationalbank schon seit Wochen mit den Zentralbanken der anderen, interessierten europäischen Staaten in engstem Kontakt steht. Tatsache ist hingegen, dass sich die Ereignisse nun überstürzen infolge der Erklärungen von Minister Schiller an der Konferenz in Hamburg. Bezüglich der Haltung der andern Länder ist zu sagen, dass über das weitere Vorgehen Hollands Unsicherheit herrscht, desgleichen über die Haltung Japans. Oesterreich wird wahrscheinlich in der gleichen Richtung wie die Schweiz handeln, also gegebenenfalls aufwerten, wenn die Schweiz aufwertet. In Frankreich ist keine Aufwertung zu erwarten, auch in Belgien nicht; Italien und England können nur nach unten flottieren. Bezüglich des Schicksals der Dollar, die in unser Land geflossen sind, ist damit zu rechnen, dass sie im Falle einer Aufwertung, nach der Realisierung des Kursgewinns, wieder ins Ausland abfliessen, da die Zinssätze bei uns nicht attraktiv genug sind.

Herr Celio unterstreicht, dass sich die heutige Lage aus einer Summierung und Potenzierung von Schwierigkeiten verschiedener Art ergeben hat. Es ist schade, dass die USA aus innenpolitischen Gründen keine Rücksicht mehr auf die Höhe ihrer Zahlungsbilanzdefizite nehmen. Heute sucht nun jedes Land dem andern den schwarzen Peter zuzuschreiben. Die Zahl der ernsthaften Kandidaten, um die sich der Dollar, dem man überall misstraut, interessiert, ist allerdings nicht sehr hoch. Für die Schweiz wäre die Uebernahme von mehreren Milliarden Dollars - was uns drohen könnte - nun aber der Beginn einer ausserordentlich gefährlichen Entwicklung. Die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit einer Aufwertung des Schweizerfrankens ist heute bestimmt wieder aktuell. Es ist dabei aber zu berücksichtigen, dass auch diese Massnahme für die Absicherung gegenüber dem Ausland, die wir anstreben, nur dann nützt, wenn ein relativ hoher Satz gewählt wird. Neben der allfälligen Aufwertung sollte die Möglichkeit einer limitierten Devisenbewirtschaftung geprüft werden. Neben diesen Massnahmen auf dem monetären Sektor ist an fiskalische Massnahmen zu denken, insbesondere eine gewisse Mittelabschöpfung. Hier kommt man aber kaum rasch genug ans Ziel. Besser ist ein Zugreifen auf dem Bausektor. Hier könnte ein wesentlicher Beitrag zur Konjunkturdämpfung geleistet werden. Ohne vorherige Aufwertung ist aber ein neuer - wenn auch noch so selektiver - Baustopp aus politischen Gründen kaum vertretbar, da die Opposition einmal mehr mit dem Hinweis operieren würde, dass von den Grossen (Exportwirtschaft) keine ebenbürtige Leistung verlangt wird. - Auch Herr Bonvin ist der Auffassung dass eine Einzelmassnahme heute nicht mehr genügt. Es drängt sich eine konzertierte Aktion auf. Eine Aufwertung würde zweifellos gewisse Teile der Uhrenindustrie und der Textilindustrie recht hart treffen. Ein anderer Aspekt, den man nicht aus dem Auge lassen sollte, ist der Prestigeverlust, den jede Aenderung der Parität mit sich zieht. Ist man in der Lage, sich über dessen Ausmass ein Bild zu machen? Herr Stopper erwidert darauf, dass die Rufschädigung, die eine Währung aus der Aenderung der Parität erleidet, schwer konkret abzuschätzen ist. Man muss sich dabei aber immer vergegenwärtigen, dass heute die Defizite der Handelsbilanz nicht mehr in Gold, sondern in Dollars abgegolten werden, und insbesondere ist auch zu beachten, dass eine Aufwertung natürlich nicht in gleichem Masse Misstrauen erweckt wie eine Abwertung. Trotz dieser beruhigenden Erklärungen äussert Herr Brugger Bedenken bezüglich des Verlusts an Ansehen, das ein Land mit der Aenderung der Parität erleidet. Nachdem Herr Bonvin noch seinem Bedauern darüber Ausdruck gegeben hat, dass die Schweiz hier einmal mehr am Gängelband der internationalen Spekulation handeln muss, äussert Herr Jolles aus der Sicht unserer handelspolitischen Interessenwahrung Bedenken gegenüber einer Aufwertung. Die Zuwachsrates des Exportes hat sich weitgehend stabilisiert, ja sie liegt unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten. Der Marktanteil des schweizerischen Exportes ist in fast allen Ländern rückgängig. Unsere gefährlichsten Konkurrenten sind fast durchgehend die Deutsche Bundesrepublik und

- 4 -

Japan. Wenn nun diese nicht aufwerten, sondern nach einer gewissen Flottierungsperiode, die zu einer Repatriierungsperiode werden könnte, bei ihren heutigen Sätzen stehen bleiben, so ist mit der Möglichkeit einer dauernden Schädigung der schweizerischen Exportwirtschaft zu rechnen. Herr Allemann macht darauf aufmerksam, dass unser Wertschöpfungspotenzial sehr eng ist (nur ca 3 % real). Wir sind auch bezüglich der verfügbaren Arbeitskräfte in einem Engpass. In vielen Betrieben sind aber die Auftragsbestände eher wieder im Steigen begriffen. Unter diesem Gesichtspunkt scheint ihm deshalb die Möglichkeit einer Aufwertung nicht unbedingt von der Hand zu weisen.

Zwischen den Vertretern der Nationalbank und Herrn Celio entspinnt sich darauf eine längere Diskussion über die Frage, ob gewisse Bewirtschaftungsmassnahmen gegenüber dem Dollar möglich, bzw. opportun sind. Sie führt zum Ergebnis, dass solche Massnahmen schwer durchführbar sind, weshalb es eher angezeigt wäre, einen etwas höheren Aufwertungssatz zu wählen, als mit Bewirtschaftungsmassnahmen - die einen enormen Arbeitsaufwand erfordern - gewisse Zusatzwirkungen erzielen zu wollen.

Herr Celio erklärt darauf, dass er sich mit einer Aufwertung grundsätzlich einverstanden erkläre, vorausgesetzt aber, dass ein Zusatzprogramm an konjunkturdämpfenden Massnahmen beschlossen wird. Die Diskussion um eine Art Gesamtprogramm wird danach gleich wieder aufgenommen, desgleichen orientieren die Vertreter der Nationalbank eingehend über die währungspolitischen Auswirkungen der einzelnen Aufwertungssätze, die in Frage kommen. Angesichts der Ungewissheit, die über die Verhandlungen und die kommenden Entscheide der EWG-Minister sowie des Ministerrates von Bonn noch herrschen, verzichtet der Rat aber am Ende dieser ersten Aussprache auf einen Entscheid. Er beschliesst, am Samstag um 15 Uhr wieder zusammenzutreten und in diesem Moment dann, soweit immer möglich, auf konkrete Beschlüsse hinzusteuern.

11.5.1971 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren:

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)